

**Johannes-Maria Lex**

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]  
**Gesendet:** Dienstag, 12. Oktober 2010 21:28  
**An:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE  
**Betreff:** Sammelmeldung 13.10.2010  
**Anlagen:** image006.jpg

**Plattform EduCare**

elementare und außerschulische Bildung

**Informationsdienst**<http://www.Plattform-EduCare.org>[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>**SAMMELMELDUNG****Bildungspläne, Wissenschaftliche Arbeiten,  
facheinschlägige Veröffentlichungen und  
Dokumente****→ <http://www.plattform-educare.org/arbeiten.htm>****EINREICHUNGEN ERBETEN UNTER  
[Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)****Und wie geht's weiter mit den *ElementarpädagogInnen*?!  
[Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe zur PädagogInnen-Ausbildung Neu](#)****Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl laden alle Interessensgruppen, Stakeholder sowie alle interessierten Beteiligten ein, sich aktiv an die Diskussion über dieses Jahrhundertprojekt einzubringen.**

- [Statement der Arbeitsgruppe Elementar- und Primarpädagogik in der Steiermark](#)**
- [Stellungnahme Univ. Innsbruck, Dr. Josef Christian Aigner, zu LehrerInnenbildung NEU.pdf](#)**
- [Stellungnahme der Initiative Kindergartenpädagogik NEU](#)**

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

## ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 12.10.2010 21:27:02

### ZUR DISKUSSION

[Neue Wege in der Weiterbildung: Kitas beraten Kitas - mit Beginn des neuen Kindergartenjahres 2010/2011 startet ein neues Kita-Netzwerk – denn Praxis lernt am besten von Praxis!](#)

### BETRIEBSKINDERGARTEN

[Wien: Bald Kinderlachen im Erzbischöflichen Palais - Kirchlicher Betriebskindergarten mit Spielplatz in Bau - Kardinal Schönborn ist Vereinbarkeit von Beruf und Familie großes Anliegen](#)  
[St. Elisabeth-Stiftung steuerlich absetzbar](#)

[Graz AG eröffnet ersten Betriebskindergarten - "Himmelgrünes" Kinderparadies in Jakomini](#)

### BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

[Religionspädagogischer BildungsRahmenPlan für Kindergärten erschienen](#)

### FAMILIE

[Familien in Europa - Trends und Entwicklungen](#)

### GENDER

[Aktuelle AMS-Publikation: Gleichstellungsbericht – Frauen und Männer am österreichischen Arbeitsmarkt \(Analysejahr 2009\)](#)

### JUGENDWOHLFAHRT

[Deutschland, Österreich und die Schweiz gemeinsam gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismus - Erstmals länderübergreifende Kampagne / Filmspot soll Reisende aufmerksam machen](#)

### PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)  
[Inskription](#)

[Einladung zum Symposium: "Stellen wir die richtigen Fragen" Vom Verstehen zum pädagogischen Handeln](#)

[Einladung zum Symposium "Ernte und Aussaat"](#)

## [PÄDAGAGOGEN/INNENAUSBILDUNG NEU](#)

[LehrerInnenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe](#)

## [PARLAMENTSMELDUNGEN](#)

[Gleichbehandlungsausschuss diskutiert den Frauenbericht 2010 Problemfelder der Frauenpolitik: Arbeitswelt, Pflege, Repräsentanz](#)

## [IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

-

---

## ZUR DISKUSSION

---

***Neue Wege in der Weiterbildung: Kitas beraten Kitas - mit Beginn des neuen Kindergartenjahres 2010/2011 startet ein neues Kita-Netzwerk – denn Praxis lernt am besten von Praxis!***

Die Karg-Stiftung und ihre Kita-Partner rufen mit dem Kita-Konsultationsnetzwerk Hochbegabung in Bayern und Hessen ein Fachberatungsangebot in der frühen integrativen Förderung hochbegabter Kinder ins Leben. Modellhafte Einrichtungen in der Frühförderung stoßen im Rahmen kollegialer Fortbildung und Fachberatung Einrichtungsentwicklungsprozesse an und begleiten diese. Der Fokus liegt dabei auf dem Finden und Fördern begabter Kinder. Doch das Netzwerk bietet noch mehr: die Erarbeitung von Grundlagen der elementarpädagogischen Arbeit aus der Perspektive der individuellen Förderung!

Alle Konsultationseinrichtungen der Karg-Stiftung – die Hans-Georg Karg-Kita in Nürnberg, die Kita St. Stephan in Würzburg wie das Kinderhaus Maintal – zeichnen sich dabei durch eine beispielhafte Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes ihrer Bundesländer aus, verfügen über langjährige Erfahrungen in der integrativen Hochbegabtenförderung und sind in der Fort- und Weiterbildungsarbeit erfahren. Ihre Angebote im Karg-Netzwerk richten sich vorwiegend an Kita-Teams. Sie umfassen Fort- und Weiterbildungen im Themenfeld Hochbegabtenförderung, Hospitationen in den Einrichtungen bis hin zu einer kontinuierlichen, praxis- und bedarfsorientierten Fachberatung in der Entwicklung eines Einrichtungsprofils.

Das erste Kita-Konsultationsnetzwerk stellt sich auf dem Kita-Fachtag für Begabtenförderung am 12. Oktober 2010 in Würzburg, der in der Ev. Kindertagesstätte St. Stephan stattfindet, vor. Auf der Veranstaltung für Kita-Erzieherinnen, Kita-Träger und Kita-Interessierte gibt die Regionalgruppe Bayern/Hessen Einblicke in ihre beispielgebende Praxis der Förderung hochbegabter Kinder und damit in ihre Beratungsangebote: in die Förderung von Selbstreflexionsprozessen bei Kindern im Elementarbereich; in die Lerndokumentationen am Beispiel von Wissenslandkarten sowie in die Methode der Kunstbildbetrachtungen in Kombination mit Lyrik und Philosophie für Kinder im Kindergartenalter.

Zukünftig stehen die Konsultationskitas und die Karg-Stiftung interessierten Kitas und Erzieherinnen für ihre fachlichen Fragen im Kontext früher Hochbegabtenförderung zur Verfügung und klären mit ihnen individuell die Fort- und Weiterbildungsbedarfe.

Die Karg-Stiftung will mit dem Aufbau des Kita-Konsultationsnetzwerks Hochbegabung einen Beitrag zur Umsetzung der Bildungs- und Erziehungspläne der Bundesländer und zur Qualifizierung von Erzieherinnen und Kitas in der Thematik Hochbegabung leisten. Weitere regionale Netzwerke sind geplant - etwa in Sachsen und Baden-Württemberg.

Die Karg-Stiftung engagiert sich für hochbegabte Kinder und Jugendliche im Rahmen von Modellprojekten und Modelleinrichtungen. Ihr Ziel ist die Sensibilisierung und Qualifizierung des Bildungssystems in der Förderung Hochbegabter. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Entwicklung von Förder- und Beratungseinrichtungen und der Aus- und Weiterbildung von Pädagogen und Beratern. Die Stiftung wurde im Jahr 1989 von dem Unternehmer Hans-Georg Karg und seiner Frau Adelheid errichtet und ist die bundesweit größte Stiftung im Bereich der Hochbegabtenförderung.

→ <http://www.karg-stiftung.de>

<http://bildungsklick.de/pm/75396/neue-wege-in-der-weiterbildung-kitas-beraten-kitas/>

---

## BETRIEBSKINDERGARTEN

---

### ***Wien: Bald Kinderlachen im Erzbischöflichen Palais - Kirchlicher Betriebskindergarten mit Spielplatz in Bau - Kardinal Schönborn ist Vereinbarkeit von Beruf und Familie großes Anliegen***

Wien (KAP) Wo im Wiener Erzbischöflichen Palais früher gelegentlich Autos geparkt haben, soll bald Kinderlachen erklingen: Dort entsteht ein Spielplatz für den neuen Betriebskindergarten, der voraussichtlich am 6. Dezember eröffnet wird. Die Einrichtung ist für den Nachwuchs von Angestellten der Erzdiözese Wien und anderer kirchlicher Einrichtungen, die rund um den Stephansplatz angesiedelt sind, gedacht. Die Errichtung des Kindergartens sei ein persönliches Anliegen von Kardinal Christoph Schönborn, teilte die Erzdiözese am Montag mit: "Wenn die Kirche für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eintritt, muss sie auch im eigenen Bereich vorsorgen", so der Kardinal.

Mit der Leitung des Kindergartens wird Karin Lehner betraut, eine Kleinkindpädagogin und ausgebildete Religionspädagogin. Die Einrichtung wird Familiengruppen für Sprösslinge "von ganz klein" bis sechs Jahre anbieten, wobei die Gruppengröße mit 22 Kindern limitiert ist. Die Einrichtung öffnet von 7 bis 17 Uhr.

Der neue Kindergarten ist der mittlerweile 77. Standort der St. Nikolaus-Kindertagesheimstiftung mit derzeit rund 700 Mitarbeitern und etwa 6.000 betreuten Kindern.

### **St. Elisabeth-Stiftung steuerlich absetzbar**

Weiters meldete die Erzdiözese Wien, dass ab sofort Spenden für die St. Elisabeth-

Stiftung steuerlich absetzbar sind. Die Stiftung ist seit Jahresbeginn das "Dach" der kirchlichen Einrichtungen "Rat und Hilfe" und "Hilfsfonds für Schwangere in Notsituationen". Zweck der beiden Einrichtungen sei es vor allem, Frauen mit Kindern in schwierigen und belastenden Lebenssituationen zu helfen.

Ein entsprechender Bescheid zur Steuerabsetzbarkeit sei unter der Registrierungsnummer SO 1583 auf der Website des Finanzministeriums veröffentlicht, so die Erzdiözese.

<http://www.kathweb.at/content/site/nachrichten/database/35174.html>

---

## ***Graz AG eröffnet ersten Betriebskindergarten - "Himmelgrünes" Kinderparadies in Jakomini***

Im Bezirk Jakomini liegt das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen eher unter dem Grazer Durchschnitt. Das war mit ein Grund für die Standortwahl des "Himmelgrün" - eines ganz runden Betriebskindergartens.

Die Graz AG als städtischer Dienstgeber kommt damit einem langgehegten Wunsch der MitarbeiterInnen nach. Das Angebot reicht von einer Kinderkrippe für Kinder von 0 bis 3 Jahre bis zum Kindergarten für Kinder von 3 Jahre bis Schulbeginn.

### **Runder Spaß mitten im Grünen**

Die ganz runde Bauweise des Himmelgrün ist in der Steiermark einzigartig. Als Standort wurde der Augarten gewählt, mitten im Grünen liegt der Kindergarten somit für viele MitarbeiterInnen der Graz AG gut erreichbar.

### **Auch externe Kinder sind willkommen**

Es wird mit einer guten Auslastung gerechnet. Freie Kapazitäten werden genutzt um auch externe Kinder aufzunehmen. Somit wird ein Beitrag zur besseren Versorgung des Bezirkes Jakomini geleistet.

### **Vorbildwirkung mit vielen Vorteilen**

Der Betriebskindergarten bringt den MitarbeiterInnen zahlreiche Vorteile, von der Förderung von Work-Family-Balance - dem rascheren Wiedereinstieg nach der Karenz, weniger Nichtleistungszeiten bis hin zu mehr Flexibilität der DienstnehmerInnen.

Kontakt: [Gerald Pichler](#), Konzernsprecher Graz AG

<http://www.graz.at/cms/beitrag/10155872/1618648/>

---

## **BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG**

---

### ***Religionspädagogischer BildungsRahmenPlan für Kindergärten erschienen***



## Religionspädagogischer BildungsRahmenPlan für Österreich

(fair-NEWS) - Im Jahr 2009 wurde in Österreich der "Bundesländerübergreifene BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen" veröffentlicht. Darin ist auch das Interesse von Kindern am Philosophieren und an der Auseinandersetzung mit religiösen

Traditionen erwähnt.

Nun wurde ein eigener Bildungsplan-Anteil für Religionspädagogik in elementaren Bildungseinrichtungen herausgegeben.

In seinem Vorwort bezeichnet der Wiener Kardinal Christoph M. Schönborn OP den BildungsPlan als "Beitrag, Kinder als wertvollen Teil von Gesellschaft und Kirche zu respektieren".

Thematisiert werden im BildungsPlan unter anderem neben der religiösen Sprachfähigkeit, den Zeichen, Symbolen, Ritualen und Festen ebenso das interreligiöse Zusammenleben, die soziale Kompetenz, wie auch Schöpfung und Umwelt bzw. der Umgang mit schwierigen Situationen wie Leid, Tod, Krankheit.

Details und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter der Internet-Adresse [www.plattform-educare.org/rpb.htm](http://www.plattform-educare.org/rpb.htm).

<http://www.fair-news.de/news-159158.html>

## FAMILIE

### *Familien in Europa - Trends und Entwicklungen*

EINE ZUSAMMENSCHAU VON OLAF KAPELLA UND CHRISTIANE RILLE-PFEIFFER

Familie ist nach wie vor der zentrale Lebensmittelpunkt der Menschen. In dieser Werthaltung unterscheiden sich die verschiedenen Länder in Europa nicht. Was jedoch die Bedingungen und Veränderungen der verschiedenen Lebens- und Familienformen betrifft, so sind diese in Europa über weite Strecken vergleichbar, verlaufen in vielen Bereichen aber auch ganz konträr.

Im 7. Rahmenprogramm hat die Europäische Kommission eine Plattform zum Thema Familienpolitik und Familienforschung ausgeschrieben – kurz genannt Familienplattform. Diese zielt darauf ab, den Dialog zwischen Politikerinnen, Politikern, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Interessensverbänden zu fördern, um das Wohl der Familien in Europa zu stärken. Neben 11 weiteren Universitäten bzw. Organisationen ist auch das ÖIF Partner in diesem Konsortium. Zentrale erste Arbeitsgrundlage für die Entwicklung einer europäischen

Forschungsagenda zur Familienforschung war die Darstellung von aktuellen Trends und neueren Forschungsergebnissen. Um das weite Feld der Familienforschung besser erfassen zu können, wurde es in acht thematische Sektoren gegliedert. Für jeden Sektor wurde ein Bericht mit aktuellen Forschungsergebnissen und Trends in Europa verfasst. Diese Berichte lassen sich von der Webseite der Familienplattform ([www.familyplattform.eu](http://www.familyplattform.eu)) herunterladen. Im Folgenden werden einige Trends dieser Sektoren zusammengefasst:

### **Struktur und Formen von Familien und familiale Entwicklungsprozesse**

Die „klassische Familie“ oder Nuklearfamilie, mit der Vorstellung, das Leben gemeinsam zu verbringen „bis dass der Tod uns scheidet“, ist zwar weiterhin der dominante Familientyp in ganz Europa, verliert jedoch zahlenmäßig an Geltung. Dies zeigt sich an einer starken Zunahme von unterschiedlichen Lebens- und Familienformen, wie z.B. Ein-Eltern-Familien, Patchwork-Familien, Regenbogen-Familien und sogenannte „living-apart-together“-Familien, die vielfach auch an unterschiedliche Lebensphasen gekoppelt sind. Mit der höheren Zahl an nichtehelichen Lebensgemeinschaften steigt auch der Anteil der Kinder, die unehelich geboren werden. Allerdings stellen nichteheliche Lebensgemeinschaften weiterhin zu einem großen Teil eine Übergangsphase zu einer späteren ehelichen Lebensgemeinschaft dar.

Werden die Veränderungen in der Familie aus einer Perspektive des gesamten Lebenslaufes betrachtet, ermöglicht dies eine Verbindung von individuellen Biografien mit sozialen und historischen Veränderungen. So zeigt sich etwa, dass junge Männer und Frauen länger in der Herkunftsfamilie bleiben. Dieser Trend ist in ganz Europa festzustellen, besonders stark in Zentral- und Südeuropa. So verlassen junge Menschen z.B. in der Slowakei, Belgien, Italien und Malta ihr Elternhaus durchschnittlich nach dem 28. Lebensjahr – in Finnland hingegen im Alter zwischen 22 und 23 Jahren. Primär wird dieses Phänomen durch die verlängerten individuellen Ausbildungszeiten sowie die vielfach bestehenden Schwierigkeiten, in den Arbeitsmarkt einzusteigen, bestimmt. Andererseits aber trägt auch die verstärkte emotionale Nähe und Unterstützung zwischen den Generationen zu einer längeren Verweildauer im elterlichen Haushalt bei.

Der Trend zu einer späteren Familiengründung ist in ganz Europa spürbar. Dies zeigt sich vor allem an einem höheren Erstgebäralter von Frauen sowie an einer späteren Erstheirat. Allerdings stellt sich dieser Trend in den europäischen Regionen unterschiedlich dar: So ist heutzutage das Erstgebäralter von Frauen in Osteuropa am niedrigsten, z.B. in Bulgarien mit 24,9 Jahren und in Ungarn mit 26,9 Jahren. Im Gegensatz dazu ist es in der Schweiz mit 29,5 Jahren und in Großbritannien mit 29,8 Jahren am höchsten. Der Anstieg des Erstheiratsalters in Europa korreliert dabei mit dem jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Regime eines Landes. So heiraten Frauen in skandinavischen Ländern am spätesten, z.B. in Schweden mit 31,1 Jahren. In Südeuropa heiraten Frauen eher früher, wie z.B. in Portugal mit 26,4 Jahren.

Durch die gestiegene Lebenserwartung und die verbesserten Lebens- und Gesundheitsbedingungen erhalten auch Großeltern eine neue Rolle im Leben der eigenen Kinder und deren Familie. So sind sie einerseits eine zentrale Unterstützungsressource bei der Kinderbetreuung, auf der anderen Seite entscheiden sich immer mehr ältere Menschen zu einem aktiven Ruhestand.

## **Familienpolitik in Europa und lokale Politik für Familien**

Nach Jahrzehnten von geringem Einfluss und Prestige, hat die Familienpolitik in den letzten Jahren grundsätzlich an Bedeutung gewonnen. Nach wie vor zeichnen sich die nordischen und englischsprachigen Staaten, verglichen mit den eher konservativen, post-sozialistischen Staaten und den Mittelmeerländern, durch eine weniger explizite Familienpolitik aus.

Werden die politischen Regelungen in Europa dahingehend überprüft, ob sie eher zu einer De- oder Re-Familialisierung der familialen Aufgaben führen, zeigt sich, dass die De-Familialisierung durch nationalstaatliche Politiken eher betont wird als die Re-Familialisierung. Zentrales Thema in der Familienpolitik in Europa ist die Kinderbetreuung. Bei der Kinderbetreuung der 3- bis 6-Jährigen (bis zum Schuleintritt) zeigt sich europaweit eine Betreuungsquote von 90% und mehr. Differenzierter gestaltet ist die Betreuungssituation der unter 3-Jährigen: Vor allem in den nordischen Staaten, in Belgien und den Niederlanden ist die Betreuung der Kinder in diesem Alter gut entwickelt. In Österreich, der Tschechischen Republik, Ungarn, Litauen, Malta, Polen und der Slowakei liegt die Betreuungsquote bei unter 10%. In einigen Ländern wurde das letzte Kindergartenjahr als verpflichtend für alle Kinder eingeführt.

Lokale Behörden und Institutionen gewinnen in Europa mehr und mehr an politischer Verantwortung und Autonomie in zentralen Fragen der Politik für Familien – beispielsweise der Kinderbetreuung oder der Bildung. Es wird vermehrt als ihre Verantwortung gesehen, globale Lösungen den regionalen Gegebenheiten für Familien und Individuen anzupassen. Um dies leisten zu können, kommt es zu einer verstärkten Netzwerkbildung und zur Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure wie Behörden, NGOs, Vereinen, Interessensvertretungen und Familienorganisationen auf regionaler und lokaler Ebene. Zu dieser Entwicklung tragen auch regionale Steuern bei. Die interkulturelle Dimension im regionalen Bereich gewinnt gerade in diesem Kontext an Bedeutung.

## **Lebenswelt von Familien und Familienmanagement**

Die Lebenswelt von Familien und Individuen wird von ganz unterschiedlichen Faktoren bestimmt – von der Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt, der Schul- und Ausbildungssituation, aber auch von der bestehenden Infrastruktur sowie der land- und städtebaulichen Entwicklung. Dabei scheinen die unterschiedlichen Ressourcen, die Familien zur Verfügung haben, um ihren Lebensraum aktiv zu gestalten, in Europa zu einer weiteren Polarisierung zwischen Familien mit einem sehr geringen und einem hohen Einkommen beizutragen.

Der Wohnungsmarkt ist in Europa unterschiedlich strukturiert. So ist vor allem in den neuen EU-Mitgliedsstaaten (wie z.B. Estland, Ungarn, Litauen, Slowenien) sowie in Spanien, Griechenland und Italien der Besitz von Wohnraum stärker verbreitet als z.B. in Deutschland, Österreich und den Niederlanden. Die Anzahl der Personen, die in einem gemeinsamen Haushalt leben, ist im nördlichen Teil von Europa geringer als in den Mittelmeerländern.

Bildung ist eine weitere zentrale Komponente in der Lebenswelt von Familie. Die Bildungslandschaft in Europa differiert zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten weniger als zwischen den ländlichen und städtischen Regionen innerhalb eines Landes. Unterschiedliche Bildungsinstitutionen sind in ländlichen Regionen

weniger verfügbar und schwieriger zu erreichen.

Aber auch die Arbeitsmuster verändern sich dahingehend, dass immer weniger Männer und Frauen einer Vollzeitbeschäftigung und immer mehr einer befristeten Beschäftigung nachgehen. Dies ergibt sich nicht nur aus den vorhandenen Wahlmöglichkeiten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sondern vor allem auch aufgrund der Wünsche von Arbeitgebern und der Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Obwohl es seit Beginn der 1960er Jahre eine steigende weibliche Erwerbstätigkeit gibt, besteht nach wie vor ein erheblicher Geschlechterunterschied in der Aufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Männer verbringen immer noch mehr Zeit mit bezahlter Arbeit als Frauen. Frauen verbringen weniger Zeit auf dem Arbeitsmarkt und haben mehr Teilzeitjobs und Karriereunterbrechungen als Männer und arbeiten im Durchschnitt doppelt so viele Stunden unbezahlt.

Kinderbetreuung ist einer der wichtigsten Bereiche im Management des Familienlebens. Auch hier zeigen sich signifikante Geschlechtsunterschiede: Frauen übernehmen nach wie vor den Hauptanteil der Kinderbetreuung. In den nordischen Staaten und den Niederlanden scheint sich die Verteilung der Kinderbetreuung zwischen den Geschlechtern am stärksten anzugleichen – Frauen verbringen ca. 16 Stunden mit der Kinderbetreuung, Männer 7 bis 8 Stunden pro Woche. In den anderen europäischen Staaten verbringen Männer durchschnittlich 4 bis 5 Stunden pro Woche mit der Kinderbetreuung. Die angelsächsischen Länder weisen den größten Zeitunterschied in der Kinderbetreuung auf – Frauen verbringen 14 Stunden und Männer 4 Stunden pro Woche mit der Kinderbetreuung.

## **Soziale Dienste**

Grundsätzlich könnte der Bereich der Unterstützungsleistungen für Familien und Einzelpersonen mit dem Schlagwort „social care goes public“ versehen werden. Es besteht ein anhaltender Trend der Institutionalisierung und Professionalisierung von Betreuungsaufgaben und Serviceangeboten für Familien. Zentral ist dabei die Kombination aus öffentlichen, privaten und marktorientierten Angeboten. Die meisten Forscherinnen und Forscher stimmen darin überein, dass in Bezug auf soziale Dienste die Hauptunterschiede zwischen den nordischen und südländischen Staaten Europas gefunden werden können.

Pflege wird zunehmend auch globaler und internationaler. Länderübergreifende und globale Pflegedienste führen zu einem internationalen Markt für Betreuungs- und Pflegedienste. Zudem werden formelle und informelle Betreuungs- und Pflegeleistungen in Europa verstärkt durch Migrantinnen und Migranten übernommen. Pflegetätigkeit ist und wird auch in Zukunft eine Kombination von formaler und informeller Pflege sein. Besonders erwähnenswert ist hier die Rolle von Frauen, die einen Hauptteil der Betreuung von Kindern, älteren Menschen und anderen pflege- bzw. betreuungsbedürftigen Familienangehörigen übernehmen. Kinderbetreuung wird das zentrale Thema der Sozial- und Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene bleiben – nicht nur in Bezug auf die Bedürfnisse der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes oder der Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern auch in Bezug auf die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der Erziehungsziele und Erziehungspläne.

## **Soziale Ungleichheit und benachteiligte Familien**

Soziale Ungleichheit ist ein Forschungsfeld mit langer Tradition in Europa. Es adressiert unterschiedliche Bereiche, wie z.B. die ungleiche Verteilung von Ressourcen (finanziell, sozial, politisch und kulturell) vor allem in Bezug auf Armut, soziale Ausgrenzung und Benachteiligung und beachtet dabei u.a. Faktoren wie soziale Schicht und Geschlecht. Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit zeigen sich in verschiedenen Lebensbereichen wie der Arbeit, der Gesundheit, der Bildung, im Erleben von Gewalt oder Diskriminierung sowie der Möglichkeit zur politischen Teilhabe.

Seit Jahrzehnten besteht eine Migrationsbewegung nach Europa - mit einer zunehmenden Feminisierung der Migration in den letzten Jahren. Sie ist durch eine extreme Vulnerabilität von Migrantenfamilien und deren Kindern gekennzeichnet, vor allem aus Nicht-EU-Staaten im Vergleich zu Familien, die aus EU-Mitgliedsstaaten migrieren. Dies zeigt sich in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen. Migrantinnen und Migranten arbeiten vielfach in schlechter bezahlten und minder qualifizierten Jobs mit atypischen Zeitstrukturen. Sie sind in höherem Maße der Armut und Arbeitslosigkeit ausgesetzt, haben oft zerbrechlichere familiäre Netzwerke und daraus resultierend Probleme in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Primär leben jene Familien im großstädtischen Bereich in Europa.

Im Durchschnitt sind 17% der Haushalte in den EU-27-Ländern von Armut betroffen. Bestimmte familiäre Lebensformen haben ein höheres Risiko, von Armut belastet zu sein als andere. Besonders stark betroffen sind arbeitslose Menschen (43%), Migranten und Migrantinnen von außerhalb der EU (30-45%), Kinder im Haushalt von Alleinerziehenden (34%), Personen mit einem niedrigen Bildungsstatus (23%), ältere Frauen (22%), junge Erwachsene zwischen 16 und 24 Jahren (25%) und Ein-Personen-Haushalte (25%).

## **Medien und Familie**

Immer mehr Bereiche unseres sozialen Lebens sind von neuen Informations- und Kommunikations-technologien abhängig. Sie sind mittlerweile zu einem nicht mehr wegzudenkenden Teil unserer Infrastruktur geworden. Dies zeigt sich in ganz unterschiedlichen Aspekten: Der Zugang zum Internet ist in den europäischen Ländern unterschiedlich: So gilt für die EU-27-Länder, dass 60% der Haushalte im Jahr 2008 über einen Zugang zum Internet verfügten (Eurostat 2008).

Die Niederlande (86%) und Schweden (84%) verfügen derzeit über einen hohen Zugang zum Internet. Besonders niedrig hingegen ist die Internetnutzung in den südlichen und in den östlichen Ländern Europas, z.B. Griechenland (31%), Italien (42%), Kroatien (45%) und Polen (48%). Österreich (69%) und Deutschland (75%) liegen im Mittelfeld.

Die Internetnutzung von Kindern in Europa nimmt zu. Zahlen vom Eurobarometer 2005 zeigen, dass bereits 48% der Jungen und 46% der Mädchen im Alter von 6-7 Jahren das Internet nutzen. Bei den 10- bis 11-Jährigen sind es bereits 78% Jungen und 80% Mädchen und bei den 16- bis 17-Jährigen 85% Jungen und 90% Mädchen.

Auch die Bildungssysteme in Europa, von der Schule bis zur Universität, sind zunehmend von neuen Technologien abhängig. Dies zeigt sich z.B. in der stärkeren Verfügbarkeit von Computern in den Schulen. Auf 100 Schüler in Dänemark

kommen 27 Computer, von denen 26 über einen Internetanschluss verfügen. In Norwegen sind es 24 Computer auf 100 Schüler, wobei 23 an das Internet angeschlossen sind, in den Niederlanden 21 Computer mit 20 Anschlüssen und in Großbritannien sind es 20 Computer mit 19 Internetanschlüssen.

Wenn Sie Interesse haben, sich an der Familienplattform zu beteiligen, nehmen Sie unter [www.familyplatform.eu](http://www.familyplatform.eu) Kontakt mit uns auf.

#### **Die Familienplattform auf einen Blick:**

Ein Projekt der Europäischen Kommission (DG Research)

Die erste Plattform dieser Art im Bereich von Familie

Nicht primär ein Forschungsprojekt, sondern ein Projekt, in dem es darum geht, unterschiedliche Dialoggruppen zum Thema Familie zu vernetzen (u. a. aus Wissenschaft, Politik, Interessensvertretungen)

Laufzeit: 18 Monate (Start im Oktober 2009)

Konsortium mit 12 Partnerorganisationen

Koordinierende Stelle: Technische Universität Dortmund, Deutschland

[http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID\\_Art=1&BZWArtikel=1143](http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=1143)

---

## **GENDER**

---

***Aktuelle AMS-Publikation: Gleichstellungsbericht – Frauen und Männer am österreichischen Arbeitsmarkt (Analysejahr 2009)***

→ [Nähere Infos / Download des Berichtsbandes](#)

---

## **JUGENDWOHLFAHRT**

---

***Deutschland, Österreich und die Schweiz gemeinsam gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismus - Erstmals länderübergreifende Kampagne / Filmspot soll Reisende aufmerksam machen***

Rund zwei Millionen Kinder jährlich sind von sexueller Gewalt und Ausbeutung in Reiseländern betroffen. Deshalb startet heute (Montag) in Deutschland, Österreich und der Schweiz eine Aufklärungskampagne zum Schutz von Kindern vor sexueller

Ausbeutung im Tourismus. Getragen wird die gemeinsame Kampagne vom Bundesfamilienministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium, dem Bundeskriminalamt, der Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung (ECPAT) und dem Deutschen Reiseverband.

Auf einer Pressekonferenz heute in Berlin verdeutlichten Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, und Ernst Burgbacher, Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und Beauftragter der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus, die Unterstützung der Bundesregierung für diese Initiative.

Staatssekretär Dr. Kues: "Mädchen und Jungen in Reiseländern haben genauso einen Anspruch auf Schutz wie unsere Kinder in Deutschland. Wir wollen erreichen, dass Reisende aufmerksam sind und Missbrauch verhindern, indem sie nicht wegschauen und Vorfälle der Polizei melden. Wer aktiv wird, kann dazu beitragen, dass sexuelle Gewalt an Kindern aufgedeckt und verhindert wird."

Staatssekretär Burgbacher: "Reisende, die die Anonymität im Urlaubsland nutzen, um Kinder sexuell zu missbrauchen, begehen eine schwere Straftat. Dagegen müssen wir etwas tun. Ich begrüße das Engagement der Tourismusbranche bei diesem wichtigen Thema und hoffe, dass durch die Kampagne viele weitere Partner gewonnen werden."

Die Kampagne beruht auf zwei Säulen:

- eine länderübergreifende Aufklärungskampagne im deutschsprachigen Raum, die sich direkt an Reisende richtet, unter anderem durch einen Filmspot.
- Die Einrichtung einer polizeilichen Meldeadresse in allen drei Ländern, an die sich Reisende wenden können.

Der Filmspot "Witness - Zeuge" soll in allen drei Ländern zum Beispiel auf Flughäfen und während des Fluges, in Bahnhöfen und in Hotels gezeigt werden. Botschaft des 45 Sekunden dauernden Spots ist: "Wir können sexuellen Missbrauch von Kindern verhindern, wenn wir nicht wegsehen." Am Ende des Filmes werden die Meldeadressen aller drei Länder im Internet eingeblendet. In Deutschland lautet die Adresse: [stopp-missbrauch@bka.de](mailto:stopp-missbrauch@bka.de)

Kooperationspartner der Aktion sind die jeweiligen Familien-, Justiz- und Wirtschaftsministerien der drei Länder, Nichtregierungsorganisationen und die nationalen Reiseverbände.

Die Bundesregierung unterstützt die Initiative nachhaltig. Der Aktionsplan der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung aus dem Jahr 2003 soll mit konkreten Maßnahmen weiterentwickelt werden. Ein Handlungsschwerpunkt wird der Bereich der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Tourismus sein. Das Bundesfamilienministerium hat bereits in der Vergangenheit die Organisation ECPAT bei Schulungen vor Ort unterstützt. Bei den Schulungen werden ganz verschiedene Akteure im Tourismussektor - von Auszubildenden und Studierenden über Mitarbeiter und Führungskräfte - darüber informiert, wie sie Verantwortung gegenüber sexuell ausgebeuteten oder gefährdeten Kindern und Jugendlichen übernehmen können. In Zukunft sollen diese Fortbildungen nun auch gemeinsam mit der Schweiz und Österreich erfolgen.

Laut UNICEF werden weltweit jährlich rund zwei Millionen Mädchen und Jungen Opfer von kommerzieller sexueller Ausbeutung.

Weitere Informationen zu dem Thema finden Sie unter [www.youtube.com/familienministerium](http://www.youtube.com/familienministerium) und [www.epcat.de](http://www.epcat.de).

Der Link zur aktuellen Version des Filmes mit der Meldeadresse lautet: [www.driv.de/index.php?id=963](http://www.driv.de/index.php?id=963).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

E-mail: [poststelle@bmfsfj.bund.de](mailto:poststelle@bmfsfj.bund.de)

Internet: <http://www.bmfsfj.de>

---

---

## PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

---

---

### ***Einladung zum Symposium: "Stellen wir die richtigen Fragen" Vom Verstehen zum pädagogischen Handeln***

Wien (OTS) - Die Pädagogische Hochschule Oberösterreich veranstaltet

am Donnerstag, 14. Oktober 2010 (9:30 Uhr - 17:15 Uhr)

das Fachsymposium "Stellen wir die richtigen Fragen? Vom Verstehen zum pädagogischen Handeln".

Tagungsort : Pädagogische Hochschule Oberösterreich, Kaplanhofstraße 40, 4010 Linz

Als Referentinnen und Referenten sind Bildungsfachleute aus Deutschland und Österreich eingeladen: Prof. Dr. Karl Dieter Schuck, Dekan der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft an der Universität Hamburg wird im Einführungsvortrag darauf eingehen, dass nur die Subjekte selbst den Erfolg der pädagogischen Förderung herstellen können. Demnach ist der Subjektstandpunkt in den Prozess einer kooperativen Diagnose und Förderung einzubeziehen. Ansonsten ist die Gefahr groß, dass die Förderung auf dem Hintergrund falsch gestellter Fragen nicht zum möglichen Erfolg führt.

Prof. Dr. Christina Reichenbach von der Fachhochschule Bochum wird die Frage der Ethik hinsichtlich der Anwendung diagnostischer Verfahren thematisieren. Die weiteren Vorträge widmen sich spezifischen Aspekten der förderdiagnostischen Arbeit: Frau Dipl. Päd. Marion Döll von der Universität Wien stellt verschiedene Verfahren zur Feststellung der sprachlichen Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund vor. Herr Prof.em. Dr. Reimer Kornmann von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg gibt Anregungen für einen diagnostisch gestützten Anfangsunterricht in Mathematik.

In 10 Workshops werden diese Themen vertieft und ergänzt.

Bisher gibt es nur wenige Beispiele dafür, wie Förderpläne für einzelne Kinder mit konkreten Unterrichtskonzepten für die gesamte Lerngruppe einer Schulklasse zu verbinden sind. Im Rahmen des Symposiums wird der Versuch unternommen, Lösungen für dieses Problem vorzuschlagen. Förderdiagnostik sollte die Lernvoraussetzungen und Lernmöglichkeiten einzelner Kinder berücksichtigen und zugleich auch auf die gesamte Lerngruppe einer Schulklasse bezogen sein. Dadurch soll erkennbar werden, welche Merkmale des Unterrichts den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen einzelner Kinder besonders zugute kommen. Hieraus leiten sich dann die Inhalte der individuellen Förderpläne ab, die im Rahmen des konkreten Unterrichts zu realisieren sind. Somit stehen die Fragestellungen für die Diagnose der individuellen Lernvoraussetzungen und Lernmöglichkeiten in engem Zusammenhang mit den Planungen für den Unterricht.

Vor dem Hintergrund der Forderung nach Individualisierung und innerer Differenzierung gewinnt die Frage der Förderdiagnostik an Gewicht in allen Schulen. Es soll überlegt werden, inwieweit diagnostische Prozesse Grundlage und Bedingung für Lernen und Entwicklung in allen Bildungsbereichen sind.

Ziel des Symposiums ist es, förderdiagnostisches Handeln als selbstverständlichen Teil professionellen pädagogischen Handelns zu erschließen und konkrete Handlungsmöglichkeiten anzubieten.

Fachsymposium: "Stellen wir die richtigen Fragen? Vom Verstehen zum pädagogischen Handeln"

Datum: 14.10.2010, 09:30 - 17:15 Uhr

Ort: Pädagogische Hochschule Oberösterreich  
Kaplanhofstraße 40, 4010 Linz

Rückfragehinweis:

Claudia GARTNER

Leitung - Stabstelle für PR & Kommunikation

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE OÖ

4020 LINZ | Kaplanhofstraße 40 | ÖSTERREICH/AUSTRIA |

T.: +43 732 7470-3001 | m.: +43 680 238 34 66

web: [www.ph-ooe.at](http://www.ph-ooe.at) | mail to: [claudia.gartner@ph-ooe.at](mailto:claudia.gartner@ph-ooe.at)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/11422/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## **Einladung zum Symposium "Ernte und Aussaat"**

Wien (OTS) - Die Kirchlichen Pädagogische Hochschule Wien/Krems und der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik Wien veranstalten am 19. und 20.10. 2010 das Symposium "Ernte und Aussaat - Konstruktiv-kritische Überlegungen und Handlungsimpulse zu Spiritualität und Nachhaltigkeit".

"Ernte und Aussaat" möchte Ansätze bieten, um Spiritualität und Nachhaltigkeit mit Bildungsfragen zu verbinden und zu diskutieren. Das Symposium ist ein Beitrag der UN-Dekade "Bildung für Nachhaltige Entwicklung" und möchte einen konstruktiv-kritischen Blick auf die Ergebnisse und Entwicklungen der ersten fünf Jahre der Bildungsdekade im Sinne "Wo stehen wir und was liegt noch vor uns?" werfen. Dadurch sollen neue Impulse für die zweite Halbzeit der UN-Dekade gegeben werden.

Porgramm:

Dienstag, 19.10.2010:

14.45 Uhr: Eröffnung durch BM Dr. Beatrix Karl und DDr. Reinhard Mang, Sektion II, Lebensministerium

15.30 Uhr: Impulsreferate

Dr. Marianne Gronemeyer (Autorin, Erziehungswissenschaftlerin): "Das Gras wird nicht länger, wenn man daran zieht. Philosophieren im Garten"

Dr. Gotthard Fuchs (Theologe und Mystikforscher): "Die Quelle des Gartens bist du" - Mystik und Politik der Schöpfungsbewahrung

17.15 Uhr: Podiumsdiskussion zum Thema "Umwelt, Werte, Bildung für Nachhaltige Entwicklung" mit namhaften ExpertInnen aus dem In- und Ausland

Mittwoch, 20.10.2010:

Festvortrag "Bildung für nachhaltige Entwicklung" mit den NachhaltigkeitsexperInnen Dr. Franz Rauch (Universität Klagenfurt) und Dr. Regina Steiner (Forum Umweltbildung)

In den anschließenden zehn Workshops werden die Bereiche der Nachhaltigkeit - Ökologie, Ökonomie und Soziales - konkret bearbeitet. Ziel der Workshops ist es, die TeilnehmerInnen zu ermutigen, Handlungsimpulse im Sinne einer "Bildung für Nachhaltige Entwicklung" in Ihrer Bildungsarbeit zu setzen.

Veranstalter: Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems und Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik  
Rückfragehinweis:

Einladung zum Symposium "Ernte und Aussaat"

Datum: 19. - 20.10.2010  
Ort: Kardinal König Haus  
Kardinal-König-Platz 3, 1130 Wien

Rückfragehinweis:  
Sabine Mayer  
Presse und Kommunikation  
Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems  
Tel.: 0664 610 13 29, mailto: [sabine.mayer@kphvie.at](mailto:sabine.mayer@kphvie.at)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/5886/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

## **PÄDAGAGOGEN/INNENAUSBILDUNG NEU**

---

### ***LehrerInnenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe***

Wie im Regierungsübereinkommen festgehalten, soll ein Konzept für eine, der Bologna-Struktur entsprechende, durchlässige und zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen abgestimmte Neuorganisation der verschiedenen Lehramtsstudien mit Aufnahmeverfahren auf tertiärem Niveau entwickelt werden.

Die ExpertInnengruppe unter der Leitung von Peter Härtel hat ihren detaillierten Endbericht zu den im Dezember 2009 präsentierten Empfehlungen über Vorschläge für eine Neugestaltung der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Berufe vorgelegt.

Die Gruppe von 10 nationalen und internationalen Expertinnen und Experten war zu Jahresbeginn 2009 beauftragt worden, Eckpunkte für eine umsetzungsorientierte Neugestaltung der LehrerInnenbildung sowie der Ausbildungen von Kindergarten- und SozialpädagogInnen auszuarbeiten. Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl laden alle Interessensgruppen, Stakeholder sowie alle interessierten Beteiligten ein, sich aktiv in die Diskussion über dieses Jahrhundertprojekt einzubringen.

[Endbericht: Empfehlungen der ExpertInnengruppe \(März 2010; durchgesehene Auflage, September 2010\) \(pdf, 516 KB\)](#)

Zum Endbericht der Expert/innengruppe "Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe sind folgende Stellungnahmen auf den Homepages der beiden Ministerien bisher veröffentlicht [➔](#)

**Noch nicht veröffentlicht sind u.a.**

[➔ Stellungnahme Univ. Innsbruck, Dr. Josef Christian Aigner, zu LehrerInnenbildung NEU.pdf](#)

[➔ Stellungnahme der Initiative Kindergartenpädagogik NEU](#)

---

---

## PARLAMENTSMELDUNGEN

---

---

### ***Gleichbehandlungsausschuss diskutiert den Frauenbericht 2010 Problemfelder der Frauenpolitik: Arbeitswelt, Pflege, Repräsentanz***

Der Gleichbehandlungsausschuss diskutierte heute ausführlich den Frauenbericht 2010. Auf Antrag der Grünen wurde der Bericht nicht im Ausschuss erledigt und wird damit auch im Plenum des Nationalrats behandelt werden. Die Kenntnisnahme des Berichts erfolgte mit S-V-G-B-Mehrheit. In der Debatte über den Frauenbericht unterbreitete Abgeordnete Andrea Gessl-Ranftl (S) dem Ausschuss einen Fünf-Parteien-Entschließungsantrag zur Steigerung des Männeranteils in pädagogischen Berufen, der nach lebhafter Zustimmung aus allen Fraktionen einstimmig verabschiedet wurde. Ein Entschließungsantrag der FPÖ auf Verhandlungen mit den Sozialpartnern zur Verbesserung der Einkommenssituation der Frauen wurde mit Rücksicht auf die Kollektivvertragsautonomie der Sozialpartner von einer S-V-Mehrheit abgelehnt. Vertagt wurde das Verlangen der Grünen auf gendergerechte Änderungen am Text der Bundeshymne.

In einem einleitenden Statement zum Frauenbericht legte Bundesministerin Heinisch-Hosek dar, der nun vorliegende vierte Bericht biete einen umfassenden Überblick zur Entwicklung der Situation der weiblichen Bevölkerung Österreichs im Zeitraum von 1998 bis 2008. Neben detaillierten statistischen Analysen der Statistik Austria enthält er auch wissenschaftliche Beiträge zu Schwerpunktthemen wie Entwicklung der Frauenpolitik, Erwerbsarbeit von Frauen und ihre ökonomische Situation sowie zur Beziehungsgewalt gegen Frauen. Der Bericht zeige, so Heinisch-Hosek, dass in den letzten Jahren zwar wesentliche Verbesserung für Frauen erreicht wurden, die Gleichstellung von Frauen und Männern aber noch ausstehe. Als positiv sei anzumerken, dass Frauen im Bildungsbereich aufgeholt hätten, doch habe sich die relative Einkommenssituation der Frauen nicht verbessert. Noch immer verdienen Frauen für gleiche Arbeit um bis zu 18 % weniger als Männer, sind stärker von Armut gefährdet und leisten zwei Drittel der unbezahlten Arbeit. Die Ministerin sah als Punkte, an denen anzusetzen sei, die Eröffnung einer breiten Debatte über Fraueneinkommen, die Festlegung einheitlicher Standards von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Erhöhung der Zahl von Frauen in Führungspositionen.

Die ersten Statements der anschließenden ExpertInnenrunde kamen

von zwei Autorinnen des Berichts. Gudrun Biffl sah mehrere kulminierende Faktoren, die für Frauen wesentliche Nachteile im Berufsleben bedeuten und zu deutlich niedrigeren Einkommen führen. Sie nannte den geschlechtsspezifisch segregierten Bildungsweg und Arbeitsmarkt, Unterbrechungen des Erwerbslebens durch Zeiten der Kinderbetreuung, fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen und geringere regionale Mobilität von Frauen. Besonders schwach sei die sozioökonomische Lage von Alleinerzieherinnen und Migrantinnen. Frauen sind in der Folge im Alter stärker armutsgefährdet als Männer. Das Weiterbestehen eines tradierten Rollenverhaltens von Männern und Frauen wirke sich auf Bildungs- und Berufslaufbahn und letztlich zuungunsten der ökonomischen Situation von Frauen aus, hielt Biffl fest, ein Wandel vollziehe sich nur sehr langsam.

Anknüpfend an ihre Vorrednerin führte Ingrid Mairhuber viele Probleme für Frauen im Berufsleben auf eine ausgeprägte vertikale und horizontale geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarkts und einen hohen Anteil der Teilzeitbeschäftigung bei Frauen zurück. Frauen leisteten einen Großteil der unbezahlten Arbeit. Mairhuber verwies besonders auf frauenspezifische Probleme im Gesundheits- und Pflegebereich. Pflege ist - sowohl was Pflegekräfte und zu Pflegende betrifft - eine weibliche Domäne. Diese Problematik werde sich in Zukunft noch verschärfen und man werde darauf von Seiten der Politik reagieren müssen, sagte Mairhuber.

Die ExpertInnen der Fraktionen konzentrierten sich auf unterschiedliche Schlussfolgerungen, die sich für sie aus dem Bericht ergaben. Ingrid Moritz unterstrich die Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit als zentralen Faktor der Armutsvermeidung. Sie könne durch verbesserte Arbeits- und Kinderbetreuungsmodelle sowie ausreichende außerfamiliäre Betreuungseinrichtungen gefördert werden. Die Geburt eines Kindes bedeute leider meist noch immer einen Bruch in der Erwerbskarriere.

Christine Zulehner konstatierte, dass die Einkommen von Frauen hinter denen der Männer zurückbleiben. Das sei teilweise auf beobachtbare Faktoren zurückzuführen, es bestünde aber für Frauen am Arbeitsmarkt auch ein spezieller, nicht direkt auf messbare Fakten zurückzuführender Diskriminierungsfaktor. Durch Studien sei nachgewiesen, dass Quoten zur Verbesserung der Situation von Frauen ihre Wirkung zeigten. Es gelte daher, Maßnahmen zur Frauenförderung konsequent umzusetzen.

Wolfgang Mazal meinte zur Frage geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede, gerade im pädagogischen Bereich und in Pflegeberufen seien viele Frauen im öffentlichen Dienst mit niedriger Bezahlung beschäftigt. Daraus folge, dass auch die Budgets der öffentlichen Körperschaften im Sinne der Frauen dotiert werden müssten. Diskriminierende Elemente seien in Österreich dem Lohnsystem inhärent, wie prozentuelle Lohnerhöhungen oder schlechtere Beitragsgrundlagen nach

Kinderbetreuungszeiten. Wenn Fraueneinkommen nicht ständig den Männereinkommen hinterherhinken sollen, müsse man hier ansetzen, merkte er an. Die rechtlichen Normen seien vorhanden, sie müssten aber auch umgesetzt werden.

Martina Rosenmayr konzentrierte sich auf die Perspektive der Wirtschaft. Eine stärkere Beteiligung von Frauen wirke sich auch wirtschaftlich positiv aus. Rosenmayr hob besonders hervor, dass die Zahl von Frauen als Unternehmensgründerinnen ansteige. Die Diversifizierung der Berufswahl von Frauen sei notwendig, da die Wirtschaft Fachkräfte brauche. Hier müsse man durch möglichst frühe Information schon in den Familien ansetzen. Es brauche mehr Frauen in Führungspositionen als positive Rollenmodelle, meinte sie.

Barbara Rosenkranz konstatierte, dass der Bericht sich stark am Gender-Aspekt ausrichte und war der Auffassung, dass sich darin eine ideologische Tendenz des Berichts zeige. Wenn der Befund laute, dass traditionelle Rollenbilder bestehen bleiben und wenn zudem viele Frauen den Wunsch äußerten, sich zuerst der Erziehung ihrer Kinder zu widmen, sofern sie die ökonomische Möglichkeit dazu hätten, müsse die Politik dem Rechnung tragen, meinte sie. Sie spreche sich hier für das System der Wahlfreiheit aus, das viel kritisierte Kindergeld sei in dieser Richtung ein richtiger Ansatz.

Gabriele Michalitsch hingegen fand im Bericht zu wenig fachübergreifende integrative Analysen. Geschlechterverhältnisse als Macht- und Herrschaftsverhältnisse würden darin ausgeblendet. Was Frauen angeblich wollen oder welche Wahl sie treffen, vollziehe sich immer innerhalb eines vorgegebenen Rahmens gesellschaftlicher Verhältnisse, stand für Michalitsch fest. Geschlechteridentitäten würden dabei ständigen Neudefinitionen unterliegen. Zur Frage der Gewalt gegen Frauen gebe es kein ausreichendes Datenmaterial, merkte sie weiter an. Als weiteres Manko des Berichts aus ihrer Sicht hob sie hervor, dass der Berichtszeitraum die Auswirkungen der Wirtschaftskrise der letzten Jahre auf Frauen nicht erfasse. Sie regte daher einen eigenen Krisenbericht zur Frage der Auswirkung der Krise auf die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse an.

In der Debatte konzentrierte sich Abgeordnete Renate Csörgits (S) auf Fragen betreffend die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und drängte auf Maßnahmen, um die Motivation der Männer zu verbessern, Teile der Familienpflichten zu übernehmen.

Abgeordnete Andrea Gessl-Ranftl (S) unterbreitete dem Ausschuss einen Fünf-Parteien-Entschließungsantrag zur Steigerung des Männeranteils in pädagogischen Berufen.

Abgeordnete Dorothea Schittenhelm (V) lobte den Frauenbericht, der die vielfältigen Lebenswelten der Frauen in Beruf und Familie übersichtlich abbilde und sprach sich dafür aus, die Leistungen

in der Kindererziehung stärker zu berücksichtigen. Es dürfe nicht sein, dass Menschen, die Kinder haben, im Leben weniger bekommen.

Abgeordnete Carmen Gartelgruber (F) plädierte ebenfalls dafür, familienbedingte Unterbrechungen des Erwerbslebens von Frauen in den Kollektivverträgen zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Situation von Migrantinnen stellte die Abgeordnete die Frage, wohin jene Mädchen "verschwinden", die nach der Pflichtschule der Arbeitswelt entzogen werden.

Abgeordnete Judith Schwentner (G) sah durch den Frauenbericht viele Schief lagen aufgezeigt, in der ökonomischen Situation der Frauen, die ihnen nur eine vermeintliche Wahlfreiheit lasse, durch die nach wie vor weit offene Einkommensschere, die es nahelege, Diskriminierungen der Frauen in den Kollektivverträgen endlich zu schließen.

Abgeordnete Martina Schenk (B) konnte wenig Neues im neuen Frauenbericht erkennen, die Gehaltsdifferenz zwischen den Geschlechtern sei nach wie vor viel zu groß. Schenk klagte auch über die zu niedrige Erwerbsquote von Migrantinnen sowie über überdurchschnittlich viele Burn out-Fälle bei LandeslehrerInnen.

Abgeordnete Gabriele Binder-Maier (S) bekannte sich zur Wahlfreiheit der Frauen, hielt es aber für notwendig, die Frauen über die Konsequenzen ihrer Entscheidungen aufzuklären und "schräge Bilder" bei der Darstellung der Geschlechterrollen in der Werbung zurechtzurücken.

Abgeordnete Claudia Durchschlag (V) thematisierte weibliche Gesundheitsthemen und trat für die stärkere Berücksichtigung von Genderaspekten in der Medizin ein.

Abgeordnete Anneliese Kitzmüller (F) bezweifel te, dass ein verstärktes Angebot an Kinderkrippen die Geburtenrate erhöhen würde.

Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (G) unterstrich die Notwendigkeit, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Frauen Wahlfreiheit geben und forderte konkrete Konsequenzen und positive Veränderungen aus den Ergebnissen des Frauenberichts ein.

Abgeordnete Ursula Haubner (B) verlangte Respekt für Eltern, die sich Zeit für die Erziehung ihrer Kinder nehmen und verteidigte die ursprüngliche Form, in der das Kinderbetreuungsgeld eingeführt wurde, als eine Maßnahme gegen Armut. Ungelöste Probleme ortete Haubner im Bereich der Pflege, wo Frauen vor immer größeren Herausforderungen stehen.

Abgeordnete Anna Höllner (V) wandte sich Bildungsfragen der Frauen im ländlichen Raum zu und regte an, künftige Frauenberichte um diesbezügliche Daten zu ergänzen.

Abgeordnete Heidemarie Unterreiner (F) bekannte sich nachdrücklich dazu, mehr männliche Pädagogen einzusetzen, weil sowohl Buben als auch Mädchen sowohl weibliche als auch männliche Pädagogen brauchen.

Abgeordnete Gisela Wurm (S) stimmte ihrer Vorrednerin zu und hielt es für wichtig, nach schwedischem Vorbild das Image des Lehrerberufs insgesamt zu heben.

Abgeordnete Gertrude Aubauer (V) erkundigte sich nach Möglichkeiten, das Pensionsalter zwischen Männern und Frauen rascher anzugleichen, weil sich viele Frauen durch das niedrigere Pensionsalter diskriminiert fühlten.

Abgeordneter Gabriel Obernosterer (V) wandte sich gegen die Behauptung, kleine und mittlere Betriebe würden den Frauen weniger Gehalt bezahlen als Großbetriebe.

In ihren Antworten auf die Detailfragen der Abgeordneten führte Ingrid Moritz aus, sie sehe keinen Bedarf zur rascheren Angleichung der Pensionsalter von Frauen und Männern. Wolfgang Mazal sagte, junge Männer, die ihre Kinder betreuen wollen, bekommen zu wenig Unterstützung von Arbeitgebern und Kollegen. Mazal plädierte für Veränderungen zugunsten der Familialisierung von Frauen und Männern, etwa für familiengerechte Gehälter ohne massive Überstundenleistungen und für ein völlig neues Gehaltssystem für Frauen und Männer. Hier seien die Sozialpartner gefordert, sagte Mazal. Martina Rosenmayr klagte, das niedrigere Pensionsantrittsalter der Frauen führe zu niedrigeren Pensionen, weil Jahre mit höherem Gehalt bei der Pensionsberechnung fehlte.

Barbara Rosenkranz hielt es für falsch, wenn Erziehungsarbeit, die notwendig sei, um das Pensionssystem zu erhalten, dazu führe, dass jene, die diese Arbeit leisten, geringere Pensionen bekommen. Gabriele Michalitsch wandte sich entschieden gegen eine raschere Angleichung des Pensionsalters, u.a. auch deshalb, weil faktisch nur wenig Unterschied zwischen dem Pensionsantrittsalter der Frauen und der Männer bestehe.

Gudrun Biffl bedauerte, dass die geltenden Arbeitszeitmodelle jungen Vätern zu wenig Zeit für ihre Kinder lassen und wies auf das Beispiel Hollands hin, wo die Betriebe darauf achten, dass die Arbeitnehmer in der Elternphase mehr Zeit für ihre Familien haben. Zudem brach Biffl eine Lanze für höher qualifizierte Frauen und plädierte dafür, Frauen durch die Möglichkeit, länger zu arbeiten, mehr Motivation für Qualifikationsmaßnahmen zu geben. Außerdem thematisierte Biffl Burn out-Probleme von Frauen, die Angehörige pflegen. Biffl verlangte mehr Ausbildungsplätze für Sozial- und Gesundheitsberufe.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek informierte in ihren Antworten auf Detailfragen der Abgeordneten über eine

"Väterkampagne" in den Betrieben, die darauf gerichtet sein werde, die Motivation der Väter zu verstärken, in Karenz zu gehen.

Gegenüber Forderungen nach Verhandlungen der Regierung mit den Sozialpartnern über Kollektivverträge erinnerte die Ministerin an das bewährte Modell der Tarifautonomie der Sozialpartner. Sie bemühe sich, die Betriebe zu motivieren, für eine geschlechtergerechtere Bezahlung zu sorgen. Teilzeitarbeit in Führungspositionen werde etwa kaum angeboten, sagte die Ministerin und zeigte sich skeptisch, dass bei der Lösung dieses Problems ein Gesetz helfen könnte. Wünschen nach Ergänzungen des Frauenberichts, etwa um Daten aus der Bildungsstatistik, wollte die Ministerin beim nächsten Bericht Rechnung tragen.

Problemen in der Gruppe der Migrantinnen will die Ministerin verstärkt durch Elternarbeit entgegenzutreten, zumal auch sie registriert habe, dass viele Mädchen nach der Pflichtschule in den Familien "verschwinden". Für die Einrichtung einer Interventionsstelle für Zwangsehe-Opfer sei derzeit kein Geld vorhanden, teilte die Ministerin bedauernd mit.

Nach der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes habe sich gezeigt, dass der Wiedereinstieg der Frauen in den Beruf oft schwierig war. Als ein Armutsbekämpfungsprogramm sehe sie das Kinderbetreuungsgeld nicht, sagte Heinisch-Hosek. Positive Auswirkungen für Alleinerzieherinnen erwarte sie sich von der bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Bei der Pflege von Angehörigen warnte die Ministerin davor, Frauen zu lange in der "Pflegespirale" zu halten, weil sie dadurch den Kontakt zu ihrem Beruf verlieren.

Für eine beschleunigte Angleichung des Pensionsantrittsalters zwischen Frauen und Männern wären Fortschritte bei der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern als Voraussetzung notwendig, hielt die Ministerin fest.

#### Behandlung weiterer Entschließungsanträge

Nach der Kenntnisnahme des Frauenberichts befasste sich der Gleichbehandlungsausschuss mit Entschließungsanträgen der Abgeordneten. Zunächst mit einem von Abgeordneter Anna Höllerer präsentierten Vier-Parteien-Antrag (1081/A[E]) zum Thema Chancengleichheit bei der Umsetzung des Programms zur Ländlichen Entwicklung 2007-2013. Die konkrete Aufforderung an den Landwirtschaftsminister lautete auf Aus- und Weiterbildungsprogramme für Frauen, mehr Repräsentanz von Frauen in den Gremien, stärkere Teilhabe benachteiligter Gruppen an Entscheidungen, vor allem auch in lokalen Arbeitsgruppen des LEADER-Programms. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Oppositionsparteien auf Vorschlag von Abgeordneter Höllerer mit S-V-Mehrheit dem Landwirtschaftsausschuss zugewiesen. -

Sprecherinnen von FPÖ, Grünen und BZÖ plädierten erfolglos dafür, den Antrag im Gleichbehandlungsausschuss zu beraten und abzustimmen.

Die Initiative der F-Abgeordnete Carmen Gartelgruber für eine Verbesserung der Einkommenssituation von Frauen durch Änderungen in den Kollektivverträgen und Einberechnung von Kinderbetreuungszeiten (Karenz) bei der Gehaltseinstufung (1218/A[E]) blieb in der Minderheit der Oppositionsparteien, nachdem Abgeordneter Franz Riepl auf die Tarifautonomie der Sozialpartner hingewiesen hatte.

Im Hinblick auf den Beschluss zur Steigerung des Anteils männlicher Pädagogen zog BZÖ-Abgeordnete Martina Schenk ihren diesbezüglichen Entschließungsantrag als bereits erledigt zurück (548/A[E]).

Der Antrag der Abgeordneten Judith Schwentner (G) für eine sprachlich aktualisierte und dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprechende Textfassung der Bundeshymne (981/A[E]) wurde nach grundsätzlichen positiven Reaktionen der Abgeordneten Dorothea Schittenhelm und der Frauenministerin mit S-V-Mehrheit vertagt. Für die FPÖ lehnte Abgeordnete Heidemarie Unterreiner eine Änderung der Bundeshymne als "Anschlag auf das Kulturerbe" zurück. (Schluss)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz  
Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640  
e-Mail: [pk@parlament.gv.at](mailto:pk@parlament.gv.at) , Internet: <http://www.parlament.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

---

## IMPRESSUM UND HINWEISE

---

---

### **Plattform EduCare**

#### **Postadresse:**

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

**Telefon:** +43 (664) 73592265

**Faxnummer:** +43 (1) 7485469

**Skype:** 

**E-Mail:** [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen  
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: [Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org)

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: [Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)

#### Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

#### Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

#### Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

#### Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.